

Stand: 27.06.2026 03:23:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3606

"Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3606 vom 11.09.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5202 des BV vom 05.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5428 vom 11.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Martin Wagle CSU

Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, die Förderung für Nachrüstungen von Lkw-Abbiegeassistenten fortzusetzen.

Ebenso begrüßt der Landtag, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzt, dass Abbiegeassistenzsysteme für Lkw europaweit zur Pflicht werden.

Bis die freiwillige Nachrüstung und die von der EU für 2024 geplante Assistenten-Pflicht Wirkung entfalten können, vergeht jedoch viel wertvolle Zeit, in der Menschenleben besser geschützt werden könnten. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Abbiegeassistenten für alle Lkw in der EU so schnell wie möglich zur Pflicht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darzustellen, welche weiteren Maßnahmen in Betracht gezogen werden, um die Verkehrssicherheit an gefährlichen Kreuzungen zu erhöhen und dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Begründung:

Immer mehr Menschen wollen und sollen – unter anderem nach den begrüßenswerten Plänen der Staatsregierung – auf das Fahrrad umsteigen. Das steigert den Klima- und Umweltschutz und entlastet Innenstädte und Pendlerstrecken bzw. deren Ein- und Anwohner. Um das Fahrradfahren sicherer und attraktiver zu machen, speziell für Kinder und „ungeübte Auto-Umsteiger“, sollen gefährliche Kreuzungen entschärft werden.

„Jede fünfte im Straßenverkehr verunglückte Person ist ein Radfahrer. Die häufigste Unfallursache sind Fehler beim Ab- oder Einbiegen des Kfz-Fahrers“ (Abbiegeunfälle Pkw / Lkw und Fahrrad, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., 2013, S. 17). Laut Statistischem Bundesamt handelte es sich 2018 bei jedem dritten Verkehrsunfall mit Personenschaden, an dem ein Fahrrad und ein Güterkraftfahrzeug beteiligt waren, um einen Abbiegeunfall. Ein Fokus sollte demnach auf Abbiegesituationen gelegt und dort aufgrund der schweren und oft tödlichen Unfälle auf den Lkw-Verkehr.

Dass bei zunehmendem Radverkehr die Gefahrensituationen an Kreuzungspunkten entschärft werden müssen, ist nicht umstritten. Die EU plant jedoch nach derzeitigem Stand erst ab 2024 einen verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten. Diese Pflicht

soll allerdings nur für Neufahrzeuge gelten, sodass ein flächendeckender Einsatz vermutlich Jahrzehnte auf sich warten lässt. Um diese Situation zu verbessern, hat die Bundesregierung die begrüßenswerte „Aktion Abbiegeassistent“ ins Leben gerufen. Mit dem Förderprogramm soll sowohl die Ausrüstung mit Abbiegeassistenten als auch die Nachrüstung von Bestandsfahrzeugen beschleunigt werden. Ausländische Fahrzeugbetreiber können naturgemäß nicht gefördert werden, sodass auch bei diesem Ansatz eine erhebliche Schutzlücke verbleibt.

Unmittelbar und zumindest flächendeckend in Bayern könnten Kommunen gefährliche Kreuzungspunkte in ihrem Straßensystem sofort entschärfen. Nötig ist dazu erstens, zu wissen, welche Maßnahmen infrage kommen. Die Staatsregierung möge daher anhand von laufenden und abgeschlossenen Pilotprojekten und Studien zusammenfassend darstellen, welche Maßnahmen für Kommunen zielführend und wirtschaftlich sind (z. B. Abbiegespiegel, Sensorsysteme mit Warnleuchten, Abbiegeverbote für Lkw oder nur für Lkw ohne Abbiegeassistenten, grüne Pfeile für Fahrradfahrer, verzögerte Ampelschaltungen, Anpassung der Verkehrsführung, Fahrbahnmarkierungen etc.). Darüber hinaus möge die Staatsregierung prüfen, wie Kommunen unterstützt werden können, wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit rasch an gefährlichen Kreuzungen zu realisieren (z. B. Beratung zu rechtlichen Möglichkeiten und zu Förderprogramme etc.).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Dr. Marcel Huber u.a. CSU
Drs. 18/3606**

Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgender Absatz angefügt wird:

„Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen dieses Berichts darzustellen, inwieweit es sinnvoll wäre, dass wie in Österreich Kommunen Lkws ohne Abbiegeassistenten das Rechtsabbiegen untersagen können.“

Berichterstatter: **Hans Friedl**
Mitberichterstatlerin: **Inge Aures**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 5. November 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungmit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Martin Wagle CSU

Drs. 18/3606, 18/5202

Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, die Förderung für Nachrüstungen von Lkw-Abbiegeassistenten fortzusetzen.

Ebenso begrüßt der Landtag, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzt, dass Abbiegeassistenzsysteme für Lkw europaweit zur Pflicht werden.

Bis die freiwillige Nachrüstung und die von der EU für 2024 geplante Assistenten-Pflicht Wirkung entfalten können, vergeht jedoch viel wertvolle Zeit, in der Menschenleben besser geschützt werden könnten. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Abbiegeassistenten für alle Lkw in der EU so schnell wie möglich zur Pflicht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darzustellen, welche weiteren Maßnahmen in Betracht gezogen werden, um die Verkehrssicherheit an gefährlichen Kreuzungen zu erhöhen und dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen dieses Berichts darzustellen, inwieweit es sinnvoll wäre, dass wie in Österreich Kommunen Lkws ohne Abbiegeassistenten das Rechtsabbiegen untersagen können.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Josef Seidl

Abg. Hans Friedl

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Ralf Stadler

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 12 und 13 auf:

Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

**Verpflichtung zum Einbau von Abbiegeassistenten für Lkw und Busse
(Drs. 18/3096)**

und

Antrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Dr. Marcel Huber u. a. (CSU)

Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können (Drs. 18/3606)

Ich rufe in Erinnerung, dass zu dem Antrag der AfD auf Drucksache 18/3096 namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Seidl für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Fußgänger und Radfahrer werden im Straßenverkehr täglich von abbiegenden Lkw gefährdet. Viel zu oft kommt es zu schrecklichen Unfällen. Im Jahr 2017 starben deutschlandweit 37 Radfahrer bei Zusammenstößen mit rechtsabbiegenden Lkw. Diese Zahl an tödlichen Unfällen könnte man leicht reduzieren, wenn man Abbiegeassistenten zur Pflicht machen würde. Die Kosten für so einen Abbiegeassistenten belaufen sich auf circa 2.000 Euro. Ich würde sagen, 2.000 Euro für ein Menschenleben sind nicht zu viel,

zumal wenn man sieht, was die Gesamtkosten für einen Lkw sind. Das ist dann ein minimaler Bruchteil, der zu vernachlässigen ist.

In einem mehrjährigen Forschungsprojekt hat die Unfallforschung der Versicherer UDV das theoretische Nutzenpotenzial eines Abbiegeassistenten für Lkw untersucht. Dabei kam sie zu folgendem Ergebnis: Die Anzahl der Unfälle zwischen Lastkraftwagen und Fußgängern bzw. Radfahrern könnte um 42,8 % verringert werden. Die Anzahl der Getöteten könnte um 31,4 % verringert werden. Die Anzahl der Schwerverletzten könnte um 43,5 % verringert werden, die Anzahl der Leichtverletzten um 42,1 %. – Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, bei denen man einen Abbiegeassistenten nur noch befürworten kann. Alles andere ist eine Farce.

(Beifall bei der AfD)

Des Weiteren stört mich furchtbar: 2022 hätten wir den Abbiegeassistenten für neue Lkw normalerweise verbindlich eingeführt. Jetzt sind wir bei 2024 für neu zugelassene Lkw mit Abbiegeassistenten. Hier handelt es sich wiederum nur um neu zugelassene Lkw. Die alten Lkw, die teilweise noch zwanzig Jahre auf unseren Straßen herumfahren werden, haben keinen Abbiegeassistenten. Das ist unglaublich!

Des Weiteren haben wir noch einen Punkt mit der Freiwilligkeit. Dann geht es zu den Kommunen. Die Kommunen werden jetzt herangezogen und bekommen gesagt: Ihr müsst jetzt bestimmen, ob es erlaubt ist, rechts abzubiegen oder nicht. – Meine Damen und Herren, ich kenne viele Kommunen, die zum Beispiel einen Kreisell haben. Wie fährt der Lkw aus einem Kreisell wieder raus, wenn er mal drin ist, wenn er nicht rechts abbiegen darf?

Meine Damen und Herren, mit der Freiwilligkeit sollte es in Zukunft vorbei sein. Der Abbiegeassistent gehört ab sofort zur Pflicht bei jedem Lkw. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht der Kollege Hans Friedl.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute zwei Anträge zum Thema der Entschärfung von gefährlichen Situationen beim Rechtsabbiegen im Straßenverkehr.

Zum Antrag der AfD zum Thema Abbiegeassistent kann ich nur eines sagen: Was in der EU geregelt ist, können wir hier nur schwer ändern. Deshalb ist es bedenklich, deutsche Alleingänge zu versuchen.

Eigentlich wurde im Ausschuss bereits alles diskutiert. Am Markt stehen verschiedene Systeme zur Nachrüstung zur Verfügung. Ab 2022 werden alle neuen Fahrzeugtypen von Bussen und Lkw, ab 2024 generell alle neuen Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen mit entsprechenden Systemen verpflichtend ausgerüstet. Förderprogramme zur Nachrüstung liegen bereits auf. Sieht man das Thema Abbiegeassistenten einmal anders, haben wir es in der Hand. Der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU kann auch aus einer anderen Richtung betrachtet werden; denn es geht hier nicht um die Ausrüstung der Lkw und Busse, sondern um die an den Kreuzungen befindlichen stationären Einrichtungen. Abbiegehilfen können die Sicherheit der Fahrradfahrer und der Fahrzeuglenker verbessern. Ja, es geht auch um die Fahrzeuglenker, denn jeder Unfall hinterlässt bei Opfern und Verursachern Spuren.

Uns geht es darum, jeder bayerischen Kommune Daten zugänglich zu machen, um vor Ort zu entscheiden, welches der am Markt verfügbaren Systeme in der individuellen Situation geeignet ist, gefährliche Straßenkreuzungen mit Rechtsabbiegern zu entschärfen. Vielleicht ist es am Ende des Tages die Ultima Ratio, vor Ort das Rechtsabbiegen an einem unübersichtlichen Knotenpunkt zu verbieten.

Lassen Sie mich aber auf die Abbiegehilfen zu sprechen kommen. Im Stadtgebiet München werden zurzeit 100 Trixi-Spiegel installiert. Diese Maßnahme wird von der

LMU begleitet. Nach der Testphase sollen an 1.100 Kreuzungen 6.000 Trixi-Spiegel installiert werden. Der Landkreis München möchte ein sogenanntes Bike-Flash-System testen. Das heißt, im toten Winkel befindliche Fußgänger und Radfahrer werden durch eine Wärmebildkamera erfasst. Orangefarbene LED-Leuchten warnen alle Verkehrsteilnehmer vor potenziellen Gefahren. Allerdings gab es Stimmen aus den Ministerien und aus dem zuständigen Bund-Länder-Arbeitskreis, ein solches System könnte die Autofahrer verwirren. Wenn ich mich jedoch recht erinnere, werden orangefarbene Lichter auch von den staatlichen Autobahnmeistereien eingesetzt, um auf Gefahrenstellen aufmerksam zu machen. Orange wäre dafür zumindest die richtige Farbe.

Wir als Politiker könnten den Kommunen Informationen an die Hand geben, indem wir diesen Bericht von der Staatsregierung fordern. Lassen wir uns bei diesem Thema nicht die Butter vom Brot nehmen durch Bedenkenträger, die auf eine EU-Regelung warten. Lassen Sie uns an der Seite der bayerischen Kommunen stehen. Jedes Opfer durch einen Abbiegeunfall, den man hätte verhindern können, ist eines zu viel.

Bisher habe ich von technischen Abbiegehilfen gesprochen. Daneben gibt es auch organisatorische Maßnahmen, um gefährliche Abbiegesituationen an Kreuzungen zu entschärfen. Ampelschaltzeiten fallen mir als Erstes ein. Ja, vielleicht geht es darum, die Fahrradfahrer und Fußgänger innerstädtisch als schwächere Verkehrsteilnehmer den anderen Fahrzeugen gleichzustellen, vielleicht sogar zu bevorzugen. Sie sehen: Man kann dieses Thema von vielen Seiten betrachten. Man sagt so schön: Viele Wege führen nach Rom – und damit ans Ziel.

Ich werbe deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der AfD lehnen wir ab. Ich hoffe, dass auch die Parteien der Opposition das Abstimmungsverhalten im Ausschuss übernehmen. Eigentlich hätte man heute diesen Antrag gar nicht gebraucht. Wir FREIEN WÄHLER machen uns Gedanken, wie wir den Kommunen in schwierigen Situationen helfen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Friedl, bleiben Sie bitte am Mikrophon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Seidl, AfD-Fraktion.

Josef Seidl (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Friedl, Sie haben jetzt wieder von neu zugelassenen Lkw gesprochen. Ich habe vorhin ausdrücklich gesagt: Es geht mir auch um die Frage, was mit älteren Lkw geschieht, die vor 2020, 2022, 2024 zugelassen wurden. Wenn diese Lkw ohne Abbiegeassistenten fahren, sind sie eine Gefahr für die Menschheit. Wie erwartet, äußern Sie sich dazu nicht. Sagen Sie etwas zu diesem Problem! Stimmen Sie unserem Antrag zu, der sehr wohl eine Berechtigung hat. Ihr Antrag ist für mich ein Riesenfehler.

(Beifall bei der AfD)

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe ganz deutlich gesagt: Wir haben auf die EU keinen Einfluss. Wenn wir einen Einfluss hätten, würde ein entsprechendes EU-Recht zu lange auf sich warten lassen. Deshalb stellen wir einen eigenen Antrag, um die Kommunen beim Einbau von Abbiegehilfen zu unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Friedl. – Herr Kollege Dr. Markus Büchler spricht nun für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Dass sich die AfD, die Auto-Partei für Deutschland, jetzt plötzlich für die Sicherheit der Radfahrer interessiert, ist etwas ganz Neues. Im Ausschuss hört man von euch bloß immer: pro Auto, Auto, Auto. Aber gut, abnehmen muss man euch das nicht.

Klar ist aber, dass ihr mit einem Appell an Bundesminister Scheuer – und das ist letztlich euer Antrag – nicht weiterkommt, weil, wie bereits gesagt wurde, Bundesminister

Scheuer dafür nicht zuständig ist und es ihn auch nicht übermäßig zu interessieren scheint. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

Viel interessanter ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Es ist bereits alles im Ausschuss gesagt worden. Herr Kollege Friedl hat gerade richtig zusammengefasst, was man machen kann. Wir bekommen einen Bericht der Staatsregierung darüber, welche Handlungsmöglichkeiten es in Bayern gibt, um die Verkehrssicherheit für die Radfahrerinnen und Radfahrer zu erhöhen; denn das ist natürlich absolut wichtig. Jedes Todesopfer und jeder Verletzte, die wir hier zu beklagen haben, ist eines und einer zu viel. Ich radle selber, wenn es irgendwie geht, von Schleißheim zum Landtag. Ich finde bei uns die Infrastruktur der Straßen lebensgefährlich und bin immer froh, wenn ich heil ankomme. Deswegen weiß ich, worüber ich rede.

Wir haben also einen riesigen Handlungsbedarf. Aber mit eurem Appell kommen wir nicht weiter. Viel interessanter sind die konkreten Maßnahmen, die Kollege Friedl bereits aufgezeigt hat. Eine Maßnahme darf ich vielleicht noch ergänzen: In Österreich im Bundesland Wien ist die Straßenverkehrsordnung insofern aufgewertet und ausgeweitet worden, als die Bundesländer auf dem Gebiet künftig mehr Handlungsmöglichkeiten haben. Das Bundesland Wien prüft jetzt, im Stadtgebiet das Rechtsabbiegen von Lkw ohne Abbiegeassistenten zu verbieten. Damit sind sowohl die alten Fahrzeuge als auch Fahrzeuge ohne rechts sitzenden Beifahrer abgedeckt. Dann können solche Lkw zwar weiterhin fahren, müssen aber einen Assistenten einbauen oder einen Beifahrer mitnehmen, wenn sie rechts abbiegen wollen. Das sind kreative Lösungen, die uns voranbringen. So etwas brauchen wir. Insofern stimmen wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Büchler, es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Stadler von der AfD-Fraktion. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon.

Ralf Stadler (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Bächler, bei dem Antrag geht es auch um den Schutz der Fahrradfahrer. Ungefähr 60 % der Fahrradfahrer sind Grüne. Insofern verstehe ich nicht, dass Sie unseren Antrag ablehnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Ich glaube weniger, dass Sie mit dieser Debatte die Radfahrerinnen und Radfahrer schützen wollen. Ich nehme eher an, Sie wollen das Plenum in die Länge ziehen. Es wurde bereits in den Ausschüssen alles gesagt, und damit ist es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Inge Aures das Wort.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst zu den beiden Anträgen: Den Antrag der AfD lehnen wir ab. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU stimmen wir ebenso wie im Ausschuss zu.

Die Zuständigkeit liegt, wie wir eben gehört haben, bei der Europäischen Union. Ab dem Jahr 2022 sind die Abbiegeassistenten für alle neuen Fahrzeugtypen verpflichtend vorgeschrieben und in diese einzubauen. Ab dem Jahr 2024 sind die Abbiegeassistenten generell für alle Neufahrzeuge vorgeschrieben. Deshalb kann nicht jedes Mitgliedsland allein entscheiden, was es hier möchte, sondern wir sind in die europäische Gemeinschaft eingebunden. Deshalb begrüßen wir es, dass das zuständige Bundesministerium die Zuschüsse verdoppelt hat, dass die Kommunen unterstützt werden und man die Abbiegeassistenten sozusagen auf freiwilliger Basis einbauen lässt.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU wurde im Ausschuss unter anderem mit dem Hinweis in einen Berichtsantrag umformuliert, dass die Staatsregierung gebeten wird, im Rahmen dieses Berichts darzustellen, inwieweit es sinnvoll wäre, ähnlich

wie in Österreich – wie es Kollege Bächler gerade dargelegt hat – den Lkw ohne Abbiegeassistenten das Rechtsabbiegen quasi zu verbieten. Auch das sollte im Bericht dargestellt werden. Der Bauausschuss hat am 05.11. getagt. Ich hoffe, dass wir den beantragten Bericht in nächster Zeit bekommen werden. Im Moment steht er noch aus. Ansonsten: Ablehnung des AfD-Antrags und Zustimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU.

(Beifall bei der SPDD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Aures. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Sebastian Körber.

Sebastian Körber (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vorsitzender des viel zitierten Verkehrsausschusses möchte ich die Debatte nicht wiederholen; die Argumente hierzu sind ausreichend ausgetauscht worden.

Ich möchte auch auf das verweisen, was der Herr Kollege Dr. Bächler gesagt hat, wie es die Stadt Wien bzw. wie es das Land Wien macht, dass man das Rechtsabbiegen verbieten kann. Kollege Friedl hat schon begründet, warum man dem AfD-Antrag nicht zustimmen kann, der das Ganze quasi sofort umsetzen möchte. Das können wir natürlich nicht machen; wir brauchen gegebenenfalls Übergangsfristen.

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir zustimmen.

(Beifall bei der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Körber. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Marcel Huber das Wort.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Ausschuss ausführlich darüber gesprochen. Es gibt keine neue Sachlage, es gibt keine neuen Argumente. Die Bewertung der Fraktion ist die gleiche. Das Einzige, was

man als Sinn dieser Debatte oder des Hochziehens des Antrags sehen kann, besteht darin, dass das ganze Haus von dieser Debatte erfährt. Deswegen darf ich aus meiner Sicht eine ganz kurze Zusammenfassung geben.

Was jetzt leider nicht noch einmal unterstrichen worden ist:

Erstens. Die Regelungen über Betriebsvorschriften und den Bau von Fahrzeugen sind europaweit harmonisiert und obliegen der EU.

Zweitens, nationale Regelungen. Da suggerieren Sie unzulässigerweise, man bräuchte das nur vorzuschreiben.

(Christoph Maier (AfD): Ja!)

Nationale Regeln können nur auf freiwilliger Basis gemacht werden.

Drittens. Die EU ist dabei – das haben wir mehrfach gehört.

Viertens. Es besteht eine Notwendigkeit – Hunderttausende Lkw fahren in diesem Land –, diese Systeme so zu implementieren, dass sie auch in der Großserie funktionieren. Und – das ist mir ganz besonders wichtig – es gibt auch noch eine Reihe anderer Maßnahmen, die nicht am Lkw zu installieren sind; wir haben schon einige Beispiele gehört.

Aus diesem Grund hat sich die Koalition dazu durchgerungen, in ihrem Antrag, erstens, bei den zuständigen Stellen, nämlich Europa und Bund, darauf zu drängen, dass wir dieses Verfahren, das für 2022 und 2024 vorgesehen ist, schnellstmöglich zum Abschluss bringen, das heißt, wenn möglich schon früher.

Zweitens. Wir werden die Förderung für die freiwilligen Maßnahmen zur Umsetzung mit einem Förderprogramm noch weiter aufstocken.

Drittens. Wir haben diesen Bericht angefordert, in dem uns alle anderen Möglichkeiten, inklusive der Möglichkeiten, die wir vielleicht von den Österreichern abschauen können, vorgestellt werden.

Ich darf zusammenfassen: Die CSU und die FREIEN WÄHLER zeigen einen Weg auf, wie wir zu einer Beschleunigung der Ausrüstung mit Abbiegeassistenten auf fachlicher, auf rechtlicher, aber auch auf politisch realer Ebene kommen können.

Der AfD-Antrag geht zwar in die ähnliche Richtung – wir haben dieselbe Intention –, aber Sie suggerieren unzulässigerweise, dass man das einfach nur vorschreiben müsste. Ihre Vorschläge zur konkreten Umsetzung und Beschleunigung sind viel zu abstrakt und zu allgemein, als dass wir diesem Antrag zustimmen könnten.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Huber, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden der AfD, Herrn Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Huber, Sie verstecken sich hier meiner Meinung nach hinter den Regelungen der EU. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass Sie mit Ihrer Partei, mit der Union seit Jahrzehnten die Befugnisse des Landes Bayern und Deutschlands an die EU abgeben.

Mit Zustimmung zu unserem Antrag hätten Sie die Möglichkeit, etwas für die Fahrradfahrer zu tun. Ich sage das als jemand, der jeden Tag selber mit dem Fahrrad hierherkommt, auch heute zum Plenum. Ich meine, die Sicherheit geht vor. Jedes Menschenleben, das man so schützen kann, ist es doch wert, dass Sie über Ihren Schatten springen und auch mal einem AfD-Antrag, wenn er gut ist, Ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei der AfD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Er ist nicht gut!)

Dr. Marcel Huber (CSU): Ich hätte nie geglaubt, dass ich mich hier mit Ihnen über den Wert eines Menschenlebens unterhalten muss.

(Christoph Maier (AfD): Das war nicht qualifiziert! – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Können wir hier bitte etwas Ruhe einkehren lassen! – Entschuldigen Sie, Herr Dr. Huber. Bitte.

Dr. Marcel Huber (CSU): Mir vorzuwerfen, uns würden Menschenleben im Straßenverkehr nichts bedeuten!

(Zurufe von der AfD: Das hat er nicht gesagt!)

Wir sind in der Intention auf derselben Linie. Es geht lediglich darum, wie man es rechtskonform auf den politischen Wegen, die vorgegeben sind, gestaltet. Ich verstecke mich gerne hinter dem Grundgesetz und dem Recht in Europa.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Dr. Huber. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU auf Drucksache 18/3606 empfiehlt der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Antrag um einen weiteren Absatz ergänzt wird. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/5202. Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Antrag in der erweiterten Fassung abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, die FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3096. Sie kennen das Prozedere und haben fünf Minuten Zeit zur Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 18:16 bis 18:21 Uhr)

Die Zeit für die Abstimmung ist abgelaufen und damit die Abstimmung geschlossen. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaales statt. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Seidl, Bergmüller, Henkel und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Verpflichtung zum Einbau von Abbiegeassistenten für Lkw und Busse", Drucksache 18/3096, bekannt: Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 155 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 3. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2019 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion AfD; Verpflichtung zum Einbau von Abbiegeassistenten für Lkw und Busse (Drucksache 18/3096)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara			
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes				Gehring Thomas		X	
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	16	155	3